

VW-Führung verteidigt harten Sparkurs

Mitarbeiter machen in Wolfsburg ihrem Unmut Luft

Wolfsburg – Mit lautstarken Protesten hat die Volkswagen-Belegschaft am Mittwoch gegen die Sparpläne des Vorstands protestiert. Aber auf der Betriebsversammlung in Wolfsburg verteidigte die Konzernspitze vor 25.000 Beschäftigten ihre Sparpläne. Betriebsratschefin Daniela Cavallo kündigte harten Widerstand an und will Werkschließungen, Entlassungen und Lohnkürzungen nicht hinnehmen. „Mit uns ist das nicht zu machen.“ Schuld an der Krise bei Volkswagen seien nicht die Mitarbeiter, sondern die Konzernführung, sagte Cavallo. „Volkswagen krankt daran, dass der Vorstand seinen Job nicht macht.“ Dafür dürfe man nun nicht die Belegschaft zur Verantwortung ziehen. Stattdessen appellierte sie an den Vorstand, seiner Verantwortung für die VW-Standorte gerecht zu werden. Die Sparpläne des Vorstands bezeichnet sie als „Arbeitszeugnis“ und „Bankrotterklärung“.



Der VW-Vorstand stellte sich am Mittwoch in Wolfsburg den wütenden Mitarbeitern. FOTO: DPA

Heiße Tarifrunde erwartet

Die VW-Spitze verteidigte vor der Belegschaft ihren verschärften Sparkurs. „Wir haben noch ein Jahr, vielleicht zwei Jahre Zeit, das Ruder herumzureißen. Diese Zeit müssen wir nutzen“, sagte Konzern-Finanzchef Arno Antlitz. „Wir geben in der Marke seit geraumer Zeit schon mehr Geld aus, als wir einnehmen. Das geht nicht gut auf die Dauer!“ Mit den Einsparungen wolle VW die Mittel freisetzen, die man für neue Produkte brauche. „Dafür brauchen wir jetzt Geld, um kräftig zu investieren“, sagte Markenchef Thomas Schäfer. Konzernchef Oliver Blume stellte sich auf der Versammlung demonstrativ hinter den Kurs seines Markenvorstands. „Wir führen VW wieder dorthin, wo die Marke hingehört – das ist die Verantwortung von uns allen“, sagte der gebürtige Braunschweiger. Das Führungsteam der Kernmarke habe da seine „volle Unterstützung“.

Europas größter Autobauer hatte angekündigt, angesichts der sich zuspitzenden Lage den eingeschlagenen Sparkurs bei der Kernmarke VW zu verschärfen. Auch Werkschließungen in Deutschland und betriebsbedingte Kündigungen werden nicht länger ausgeschlossen. Die mit dem Betriebsrat vereinbarte Beschäftigungssicherung, die betriebsbedingte Kündigungen bis 2029 ausschließt, soll aufgekündigt werden. Erstmals seit 30 Jahren könnte es bei VW dann Entlassungen geben.

VW macht bisher keine Angaben, ob tatsächlich ganze Werke geschlossen werden. Finanzvorstand Arno Antlitz erklärte auf der Betriebsversammlung aber: „Es fehlen uns die Verkäufe von rund 500.000 Autos, die Verkäufe für rund zwei Werke.“ Schuld seien nicht Fehler von VW, sondern die generell schwache Nachfrage nach Neuwagen in Europa. Sorgen machen sich vor allem die Standorte außerhalb Wolfsburgs. Sachsens Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) hatte sich am Montag mit Blick auf die drei sächsischen Werke in Zwickau,

Chemnitz und Dresden „alarmiert“ gezeigt. In Niedersachsen sorgen sich vor allem Osnabrück, Emden und Braunschweig um die dortigen Standorte. Weitere Werke gibt es neben dem Stammwerk Wolfsburg in Hannover, Salzgitter und Kassel. Der Konzern hatte zuvor erklärt, Werkschließungen wären nur die letzte Maßnahme, wenn es nicht gelinge, mit schnellen Maßnahmen gegenzusteuern. Bisher lässt VW auch offen, wie viele Stellen wegfallen könnten. Der Konzern hatte



*gerundet Grafik: dpa, Quelle: Volkswagen

erklärt, dass der bisher mit dem Betriebsrat vereinbarte Stellenabbau über Altersteilzeit, Abfindungen und das Nichtbesetzen frei werdender Stellen nicht mehr ausreiche. Der frühere Konzernchef Herbert Diess hatte vor drei Jahren in 30.000 Stellen gesprochen, die allein bei der Kernmarke wegfallen könnten. Intern ist jetzt von rund 20.000 Stellen zu hören. Insgesamt hat VW in Deutschland 120.000 Mitarbeiter, mehr als die Hälfte davon in Wolfsburg.

Um die Pläne abzuwenden, wollen Gewerkschaft und Betriebsrat nun auch die bevorstehende Tarifrunde im Herbst nutzen. Sie rechnen mit zähen Verhandlungen, sagte Cavallo. Bei VW gilt bisher ein Haustarif, der über dem sonst geltenden Branchenarif liegt. Laut Betriebsrat würde der Konzern die Entgelte am liebsten kürzen oder mindestens mehrere Nullrunden einlegen. Die IG Metall fordert dagegen sieben Prozent mehr Geld. Die Verhandlungen sollen im November beginnen.

Autoabsatz in Deutschland bricht ein

Flensburg – Der Absatz von neuen Autos ist in Deutschland im August im Vergleich zum Vorjahresmonat eingebrochen. Das liegt vor allem an der zuletzt schwachen Nachfrage nach reinen E-Autos, wie aus Zahlen des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) hervorgeht. Aber auch bei fast allen weiteren Antriebsarten gingen die Zahlen teils deutlich zurück. Dem KBA zufolge lag das Minus bei der Zahl der Neuzulassungen über alle Antriebsarten hinweg bei 27,8 Prozent. Dabei wurden im August rund 69 Prozent weniger Elektroautos neu zugelassen als im August des Vorjahres. Bei Autos mit Dieselmotoren lag das Minus bei 24,4 Prozent, bei Autos mit Benzinmotoren bei 7,4 Prozent.

Beim KBA hieß es, der aktuelle Einbruch auf dem deutschen Neuwagenmarkt sei auch auf Sondereffekte aus dem Vorjahr zurückzuführen. Im August 2023 waren ungewöhnlich viele E-Autos zugelassen worden. Damals hatten Last-Minute-Käufe gewerblicher Kunden noch die Elektro-Neuzulassungen in die Höhe getrieben – vor dem Auslaufen der staatlichen Förderung für Unternehmen zum 1. September 2023.

IfW rechnet mit schrumpfender Wirtschaft

Kiel – Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) rechnet für dieses Jahr mit einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung Deutschlands. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte dieses Jahr im Vorjahresvergleich um 0,1 Prozent zurückgehen, heißt es in der Herbstprognose des in Kiel angesiedelten Instituts. Der private Konsum sei schwach, Industrie und Bauwirtschaft seien tiefer in der Rezession. In der Sommerprognose hatte das Kieler Institut noch mit einem Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent gerechnet.

Winterkorn gibt sich vor Gericht betroffen

In seiner ersten Einlassung als Angeklagter vor Gericht hat Martin Winterkorn die Vorwürfe gegen ihn zurückgewiesen. „Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft, ich hätte in meiner Aufgabe als Vorstandsvorsitzender gebotene Handlungen unterlassen, Kunden und Aktionäre getäuscht und geschädigt und mich damit strafbar gemacht, trifft mich – am Ende meines beruflichen Weges – ganz erheblich“, sagte er vor dem Landgericht Braunschweig. In seinem Eingangsstatement verneinte der 77-Jährige sämtliche Vorwürfe der Anklage. Das sei nicht die Haltung, die er in fast 15 Jahren als Vorstandschef an der Spitze von Audi und

Volkswagen eingenommen habe. „Das entspricht auch nicht meinem Verständnis, wie man in dieser Funktion seine Pflichten erfüllt“, sagte Winterkorn. Ihm werden gewerbsmäßiger Betrug, Marktmanipulation und uneidliche Falschaussage vorgeworfen. Winterkorn soll VW-Käufer über die Beschaffenheit der Autos getäuscht haben. Zudem werfen ihm die Ankläger vor, in den entscheidenden Septembertagen 2015 den Kapitalmarkt vorsätzlich nicht über Risiken durch Strafzahlungen informiert haben. 2017 soll er vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags uneidlich falsch dazu ausgesagt haben.